

**Niederschrift
zur 26. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Verbandsgemeinderates**

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.12.2008
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:35 Uhr
Ort, Raum: im großen Sitzungssaal (Zi. 119) des Rathauses der
Verbandsgemeinde Bad Ems, Bleichstraße 1, Bad Ems,
veröffentlicht: Mitteilungsblatt „aktuell“ Nr.

Anwesend sind:

Unter dem Vorsitz von

Herr Bürgermeister Josef Oster CDU

Von den Ratsmitgliedern

Herr Rainer Ansel	CDU
Frau Gisela Bertram	SPD
Herr Hans Peter Bertram	SPD
Herr Michael Bilo	FWG
Herr Stephan Canz	CDU
Frau Marion Dürrstein	CDU
Frau Brigitte Ebelhäuser	Grüne
Herr Adolf Fabricius sen.	CDU
Herr Klaus Ferdinand	FWG
Herr Robert Gensmann	SPD
Frau Karola Geppert	CDU
Herr Dieter Görg	SPD
Herr Christoph Heuchemer	CDU
Herr Franz Lehmler	CDU
Frau Ursula Lempert	CDU
Herr Günther Lichius	CDU
Herr Jürgen Linkenbach	SPD
Herr Wolfgang Lotz	CDU
Herr Günter Malkmus	SPD
Frau Magdalene Meyer	SPD
Herr Heinz Ott	SPD
Herr Michael Schrötter	SPD
Herr Birk Utermark	FWG
Herr Ulrich Wahlers	Grüne
Herr Carsten Werner	SPD
Herr Günter Wittler	CDU

Von den Beigeordneten

Herr Peter Dieter Hand	SPD
Herr Werner Best	FWG

Von der Verwaltung

Herr Uwe Bruchhäuser

Herr Rainer Lindner
Herr Dietmar Weber

- GB 1; Schriftführer -
- GB 2 -

Es fehlen:

Von den Ratsmitgliedern

Herr Paul Driesch	FDP
Herr Rüdiger Friedrich	FWG
Herr Dr. Jochen Graeff	CDU
Herr Heinz Keul	CDU
Herr Willi Laux	SPD
Herr Tobias Ody	CDU

Von den Beigeordneten

Herr Lutz Zaun	CDU
----------------	-----

Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2. Ergänzungswahlen zu Ausschüssen
Vorlage: 10 DS 8/ 0501
3. Feststellung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs zum 01. Januar 2008
Vorlage: 10 DS 8/ 0503
4. Einrichtung einer Ganztagschule an der Regionalen Schule - Schillerschule - Bad Ems
Vorlage: 10 DS 8/ 0474/1
5. Beratung und Feststellung der Wirtschaftspläne der Verbandsgemeindewerke Bad Ems für das Wirtschaftsjahr 2009
Vorlage: 10 DS 8/ 0485
6. Preisblatt zu den Ergänzenden Vertragsbedingungen zur AVBWasserV (EV AVBWasserV)
Vorlage: 10 DS 8/ 0486/1
7. Preisblatt zu den Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB)
Vorlage: 10 DS 8/ 0487
8. Stellungnahme der Verbandsgemeinde Bad Ems zu der beabsichtigten 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Nassau
Vorlage: 10 DS 8/ 0490
9. Antrag der Stadt Bad Ems an die Verbandsgemeinde Bad Ems auf Erklärung der Bereitschaft, bei einer zukünftigen Fortschreibung des Flächennutzungsplanes die Darstellung von vier Flurstücken als Sondergebiet mit in das Änderungsverfahren einzubringen
Vorlage: 10 DS 8/ 0483
10. Erweiterung der zentralen Sportanlage "Stadion Silberau" um ein zweites Spielfeld, Vereinbarung mit der Stadt Bad Ems und der Ortsgemeinde Fachbach
Vorlage: 10 DS 8/ 0496
11. Refinanzierung der Investitionen der Verbandsgemeindewerke Bad Ems bei der Erschließung von Neubaugebieten
Vorlage: 10 DS 8/ 0470/2
12. Sanierung des Schmutzwasserkanals im Kurpark und der Römerstraße - 2. Bauabschnitt, Erörterung der Ausschreibungsunterlagen und Übertragung der Vergabeentscheidung auf den Werkausschuss
Vorlage: 10 DS 8/ 0488
13. Unterrichtung des Verbandsgemeinderates gemäß § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung über Verträge mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten
Vorlage: 10 DS 8/ 0481
14. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Einführung eines Bürgerhaushaltes in der Verbandsgemeinde Bad Ems
15. Mitteilungen

16. Anfragen

17. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Bürgermeister Oster bittet darum, die Tagesordnung um den neuen Tagesordnungspunkt 23 „Personalangelegenheit“ zu ergänzen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Er bittet darüber hinaus den Tagesordnungspunkt 3 wie folgt zu ändern: „Feststellung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs zum 01. Januar 2008“. Der Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung stimmt der Verbandsgemeinderat einstimmig zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Bürgermeister Oster Ratsmitglied Heinz Ott aus Anlass der Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz.

TOP 1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Bürgermeister Oster erklärt, dass das neue Ratsmitglied Tobias Ody leider an der heutigen Sitzung des Verbandsgemeinderates nicht teilnehmen kann, so dass die Verpflichtung erst in der kommenden Ratssitzung erfolgen wird.

**TOP 2 Ergänzungswahlen zu Ausschüssen
Vorlage: 10 DS 8/ 0501**

Bürgermeister Oster erklärt, dass Herr Zaun nach seiner Wahl zum Ersten Beigeordneten der Verbandsgemeinde Bad Ems sein Mandat im Verbandsgemeinderat und in den Ausschüssen der Verbandsgemeinde niedergelegt hat. Danach erteilt er Ratsmitglied Lehmler das Wort, der die Vorschläge der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Ausschusspositionen vorstellt.

Ohne Aussprache beschließt der Verbandsgemeinderat:

Beschluss:

1. Die Wahl der Ausschussmitglieder erfolgt abweichend von § 40 Abs. 5 GemO durch Handzeichen.
2. a) In den Hauptausschuss werden gewählt:

Stephan Canz
Mitglied)

(als ordentliches

Günter Wittler**(als stellvertretendes Mitglied)**b) In den **Werkausschuss** werden gewählt:Mitglied) **Franz Lehmler** **(als ordentliches**Mitglied) **Günter Wittler** **(als stellvertretendes**c) In den **Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten** werden gewählt:**Stephan Canz** **(als ordentliches**
Mitglied)**Rainer Ansel** **(als stellvertretendes Mitglied)**d) In den **Schulträgerausschuss** wird gewählt:**Adolf Fabricius** **(als stellvertretendes**
Mitglied)**Abstimmungsergebnis:**

Ja	25
Nein	-
Enthaltungen	2

**TOP 3 Feststellung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs zum 01. Januar 2008
Vorlage: 10 DS 8/ 0503**

Bürgermeister Oster erklärt, dass die Feststellung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs den Abschluss der Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte Buchführung für Gemeinden darstellt. Insgesamt müsse festgestellt werden, dass die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten eine hohe personelle Belastung bedeutet habe. Die von der Verwaltung beauftragte externe Prüfung bestätige die Ordnungsmäßigkeit der Bewertungsansätze und der Eröffnungsbilanz. Die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss ist erfolgt. Die Eröffnungsbilanz weise ein Eigenkapital in Höhe von ca. 13 Millionen aus, wovon allerdings mehr als 11 Millionen Euro auf das Stammkapital der Verbandsgemeindewerke entfallen. Per Saldo beträgt damit das Eigenkapital der Verbandsgemeinde Bad Ems rd. 1,5 Millionen Euro. Ziel müsse es in den nächsten Jahren sein, dieses Eigenkapital nicht weiter absinken zu lassen. In seinen weiteren Ausführungen geht der Vorsitzende dann auf die Passivseite der Bilanz näher ein und verweist insbesondere auf die Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten, die rd. 4,1

der Gemeinden und der Stadt Bad Ems betreffen.

Ratsmitglied Lehmler berichtet sodann in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses über den Ablauf der Prüfung. Er hebt hervor, dass die Prüfung zu keinen Beanstandungen geführt habe. Die Beauftragung der Mittelrheinischen Treuhand habe zu einer spürbaren Entlastung der Ausschussmitglieder beigetragen. Die während der Prüfung noch bestehenden Unklarheiten aufgrund von Softwareproblemen wurden inzwischen ausgeräumt und sind in die nun vorliegende Eröffnungsbilanz eingearbeitet. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle einstimmig die Feststellung der Eröffnungsbilanz.

Ratsmitglied Gisela Bertram dankt für die SPD-Fraktion der Verwaltung für die sehr gute und kompetente Vorbereitung und den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Eröffnungsbilanz. Auf ihrer Nachfrage zur Auftragsvergabe der Ingenieurleistung an das Büro Gablenz antwortet Bürgermeister Oster, dass die Auftragsvergabe aufgrund der Auftragshöhe in die Zuständigkeit der Verwaltung gefallen sei. Herr Bruchhäuser ergänzt dies mit dem Hinweis, dass das Büro zwei Aufträge erhalten habe, nämlich einerseits die Erfassung und Bewertung der Straßen und Ingenieurbauwerke und andererseits die Erfassung und Bewertung der Gebäude.

Für die CDU-Fraktion erklärt Ratsmitglied Ansel die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Ratsmitglied Bilo begrüßt grundsätzlich die Umstellung des Rechnungswesens auf die doppelte Buchführung und erklärt, dass die FWG-Fraktion zustimmen werde.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betont Ratsmitglied Ebelhäuser die mit dem neuen Rechnungswesen einhergehende Transparenz und erklärt ebenfalls ihre Zustimmung.

Alle Fraktionsvorsitzenden sprechen nochmals ausdrücklich ihren Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung aus.

Der Verbandsgemeinderat beschließt danach:

Beschluss:

Die Eröffnungsbilanz und der Anhang zum 01.01.2008 der Verbandsgemeinde Bad Ems werden festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	27
Nein	-
Enthaltungen	-

**TOP 4 Einrichtung einer Ganztagschule an der Regionalen Schule -
Schillerschule - Bad Ems
Vorlage: 10 DS 8/ 0474/1**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Einrichtung eines Ganztags schulangebotes an der Schiller-Schule bereits vor einigen Jahren Gegenstand der Beratungen im Verbandsgemeinderat war. Seinerzeit war ein gemeinsamer Weg mit der Schule leider nicht möglich. Mit dem neuen Schulleiter gehen nun Initiativen von der Schule aus, dort zum Schuljahresbeginn 2009/2010 ein Ganztags schulangebot anzubieten. Die vorgenommene Befragung der Elternschaft habe eine Nachfrage von rd. 70 Plätzen ergeben. Auch ein schlüssiges pädagogisches Konzept liege vor. Aufgrund dessen habe der Schulträgersausschuss empfohlen, den Antrag auf Einrichtung eines Ganztags schulangebotes, der bis zum 03. November 2008 gestellt werden musste, auf den Weg zu geben. Dieser Empfehlung ist die Verwaltung gefolgt. Inzwischen stehe auch fest, dass auch die Essensausgabe ohne große baulichen Veränderungen möglich sei.

Dennoch müsse er darauf hinweisen, dass aus heutiger Sicht offen sei, ob dem Antrag entsprochen werde. Zudem sei auch bisher die Frage der Trägerschaft nicht abschließend geklärt. Fest stehe, dass die Schiller-Schule ab dem kommenden Schuljahr „Realschule Plus“ werde. Da die Trägerschaft bei dieser Schulart sowohl beim Kreis als auch bei der Verbandsgemeinde liegen könne, könne es durchaus sein, dass ab dem kommenden Jahr der Rhein-Lahn-Kreis Träger der Schule werde.

Aus seiner Sicht müsse jedoch ein Ziel sein, die Schulen in Bad Ems als Ganztags schulen weiterzuentwickeln. Dieser Verantwortung müsse die Verbandsgemeinde gerecht werden, auch wenn die Trägerschaft der Schiller-Schule verloren gehe. Weiteres Ziel müsse es sein, für die Schiller-Schule gemeinsam mit dem Schulzentrum in Nassau erneut einen Antrag auf Einrichtung als integrierte Gesamtschule zu stellen. Werde dieser Antrag positiv entschieden, werde zwangsläufig der Rhein-Lahn-Kreis Träger der neuen Schule.

Ratsmitglied Lehmler erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung. Die Schule habe ein gutes pädagogisches und organisatorisches Konzept vorgelegt, bei dem die Förderung der Kinder im Vordergrund stehe. Zu begrüßen sei auch, dass bereits gute räumliche Voraussetzungen gegeben sind.

Ratsmitglied Gisela Bertram gibt ihrer besonderen Freude darüber Ausdruck, dass der Schritt in Richtung Ganztagschule nun vollzogen werde. Auch sie äußert sich positiv zu dem pädagogischen Konzept der Schule und zu den Vorschlägen zur Raumgestaltung. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass sich die pädagogischen Anforderungen der Elternschaft verändert haben. Diese werden jetzt von der Schule aufgegriffen.

Ratsmitglied Biló hebt die Bedeutung des Ganztags schulangebotes an der Schiller-Schule für den Schulstandort Bad Ems hervor. Er begrüßt insbesondere die damit einhergehende Durchgängigkeit des Ganztags schulangebotes ab der Grundschule. Die FWG werde deshalb dem Antrag zustimmen.

Auch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt ihre Zustimmung, so Ratsmitglied Ebelhäuser. Aus ihrer Sicht wäre es wünschenswert, nun auch eine Lösung für eine Integrierte Gesamtschule zu erarbeiten.

Ratsmitglied Ansel erklärt, dass die Kinder der Ortsgemeinde Becheln derzeit nur weiterführende Schulen in Nassau und Nastätten besuchen. Mit dem Ganztags schulangebot gewinne der Schulstandort Bad Ems deutlich an Attraktivität. Von daher sei zu hoffen, dass hiervon auch ein Anreiz für einen

Momentaufnahme zeigen. Bereits kurze Zeit später können Rohrbrüche sichtbar werden, die im Zuge der Untersuchung nicht lokalisiert wurden. Von daher verfolgen die Verbandsgemeindewerke heute eine andere Strategie und stellen die Beseitigung unkontrollierter Verbräuche, die auf einen Rohrbruch schließen lassen, durch die tägliche Kontrolle der Wasserstände der Hochbehälter sicher. Wird ein überhöhter Verbrauch festgestellt, könne so gezielt nach Leckagen gesucht werden. Da die Verantwortung der Verbandsgemeindewerke am Wasserzähler ende, werden private Versorgungsleitungen nicht untersucht. Durch entsprechende Informationen im Mitteilungsblatt sowie konkrete Hinweise bei Zählerwechsel versuchen die Verbandsgemeindewerke jedoch ihre Kunden zu sensibilisieren und vor einem hohen Wasserverbrauch infolge von Rohrbrüchen zu schützen.

Ratsmitglied Utermark ist der Auffassung, dass die Steigerung der Entgelte für die Straßenoberflächenentwässerung der Gemeindestraßen mit über 6 Prozent nicht moderat sei.

Bürgermeister Oster erwidert hierauf, dass der Preisgestaltung eine ordnungsgemäße Kalkulation zu Grunde liege. Zwischen der Preisstabilität der von den Bürgern zu zahlenden Entgelte und der Preiserhöhung für die Gemeindestraßen bestehe kein ursächlicher Zusammenhang. Für jede Nutzergruppe werde das zu zahlende Entgelt separat berechnet.

Der Verbandsgemeinderat beschließt sodann:

Beschluss:

- I. Den Wirtschaftsplänen 2009 in den vorliegenden Fassungen, bestehend aus
 1. dem Erfolgsplan Wasserversorgung, abschließend mit einer Gesamtsumme von EUR 2.070.000,00
 2. dem Vermögensplan Wasserversorgung mit einer Gesamtsumme von EUR 3.852.000,00
 3. dem Erfolgsplan Abwasserentsorgung, abschließend mit einer Gesamtsumme von EUR 3.404.050,00
 4. dem Vermögensplan Abwasserentsorgung mit einer Gesamtsumme von EUR 4.135.050,00
 5. der Stellenübersicht 2009wird zugestimmt.
- II. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2009 zur Finanzierung von Ausgaben der Vermögenspläne erforderlich ist, wird auf insgesamt EUR 5.704.950,00 festgesetzt. Davon entfallen auf

a) Maßnahmen der Wasserversorgung	EUR
3.317.000,00	
b) Maßnahmen der Abwasserentsorgung	EUR
2.387.950,00.	

III. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen der Wasserversorgung oder der Abwasserentsorgung wird auf EUR 0,00 festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	27
Nein	-
Enthaltungen	-

**TOP 6 Preisblatt zu den Ergänzenden Vertragsbedingungen zur AVBWasserV (EV AVBWasserV)
Vorlage: 10 DS 8/ 0486/1**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Anlage geändert werden müsse. Dort müsse es im Preisblatt „01.01.2009“ und nicht „01.01.2008“ heißen.

Ohne Aussprache beschließt der Verbandsgemeinderat:

Beschluss:

Dem ab dem 01. Januar 2009 geltenden Preisblatt zu den Ergänzenden Vertragsbedingungen zur AVBWasserV (EV AVBWasserV) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	27
Nein	-
Enthaltungen	-

**TOP 7 Preisblatt zu den Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB)
Vorlage: 10 DS 8/ 0487**

Beratungsbedarf ergibt sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Verbandsgemeinderat beschließt sodann:

Beschluss:

Dem ab dem 01. Januar 2009 geltenden Preisblatt zu den Allgemeinen Entsorgungsbedingungen für Abwasser (AEB) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	24
Nein	-
Enthaltungen	3

**TOP 8 Stellungnahme der Verbandsgemeinde Bad Ems zu der beabsichtigten 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Nassau
Vorlage: 10 DS 8/ 0490**

Bürgermeister Oster verweist auf die bisherigen Beratungen im Verbandsgemeinderat zum Zielabweichungsverfahren in Sachen „Gelände ehemalige LVA-Klinik in Nassau“. Die Verwaltung empfehle, die bisherige Haltung in dieser Frage auch im Rahmen der jetzt vorzunehmenden Beteiligung bei der Änderung des Flächennutzungsplanes beizubehalten.

Ratsmitglied Canz erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Nach seinem Demokratieverständnis müsse der Rat auch zu unbequemen Themen konkret Stellung beziehen.

Bürgermeister Oster hält dem entgegen, dass der Rat im Rahmen eines Meinungsbildungsprozesses zu dem Ergebnis gekommen ist, keine Stellungnahme abzugeben. Auch dies könne das Ergebnis intensiver Beratungen sein und in hohen Maße dem Demokratieverständnis entsprechen.

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Beschluss:

Vor dem Hintergrund der Stellungnahme des Bad Emser Stadtrates und der noch nicht erfolgten Entscheidung des Ministerium des Innern und für Sport zu dem Anfang des Jahres beantragten landes- und regionalplanerischen Zielabweichungsverfahren sieht die Verbandsgemeinde Bad Ems keine Notwendigkeit für eine ergänzende Stellungnahme zu der vorgesehenen 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Nassau.

Abstimmungsergebnis:

Ja	25
Nein	2
Enthaltungen	-

TOP 9 Antrag der Stadt Bad Ems an die Verbandsgemeinde Bad Ems auf Erklärung der Bereitschaft, bei einer zukünftigen Fortschreibung des Flächennutzungsplanes die Darstellung von vier Flurstücken als Sondergebiet mit in das Änderungsverfahren einzubringen
Vorlage: 10 DS 8/ 0483

Der Vorsitzende geht kurz auf den Inhalt der Drucksache 10 DS 8 / 0483 ein und erläutert die Intention des dem Antrag zu Grunde liegenden Bauvorhabens. Dieses soll in die nächste Fortschreibung des Flächennutzungsplanes einbezogen werden.

Ratsmitglied Wahlers erklärt, dass es sich um ein Bauvorhaben im Außenbereich handele. Solche Bauvorhaben müssen sich an den Vorgaben des Baugesetzbuches orientieren. Insbesondere müsse gewährleistet werden, dass keine Streusiedlung entsteht. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei nicht grundsätzlich gegen das Bauvorhaben, allerdings schlage sie vor, den Beschluss dahingehend zu erweitern, die bauliche Nutzung auf die vorhandenen Gebäude zu beschränken und die Waldflächen zu verschonen. Der Vorsitzende erwidert hierauf, dass der Flächennutzungsplan bisher grundsätzlich den Wünschen und Zielvorstellungen der Gemeinden gefolgt sei. Im Rat der Stadt Bad Ems sei dieses Bauvorhaben umfangreich beraten und beschlossen worden. Insofern solle nicht ohne Not von diesem Votum abgewichen werden.

Der Verbandsgemeinderat beschließt danach:

Beschluss:

Die Verbandsgemeinde Bad Ems erklärt ihre Bereitschaft, den Antrag der Stadt Bad Ems auf Darstellung der Flurstücke 3/5 und 3/6 in der Flur 43 sowie der Flurstücke 52 und 53 in der Flur 54 als Sondergebiet „Pferdezucht“ bei einer zukünftigen Fortschreibung des Flächennutzungsplanes mit in das Änderungsverfahren einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	25
Nein	2
Enthaltungen	-

TOP 10 Erweiterung der zentralen Sportanlage "Stadion Silberau" um ein zweites

Spielfeld, Vereinbarung mit der Stadt Bad Ems und der Ortsgemeinde Fachbach
Vorlage: 10 DS 8/ 0496

Die Ratsmitglieder Gensmann und Malkmus verlassen den Sitzungssaal.

Die Angelegenheit wurde schon mehrfach in den Gremien der Verbandsgemeinde eingehend beraten, so Bürgermeister Oster zu Beginn seiner Ausführungen. Inzwischen hat sowohl die Stadt Bad Ems als auch die Ortsgemeinde Fachbach dem Vertragsentwurf zugestimmt. Zudem haben bereits zwei Gesprächsrunden mit Vertretern der betroffenen Vereine stattgefunden. Die Förderanträge für dieses Projekt seien ebenfalls gestellt. Mit der Vereinbarung werden nun die finanziellen Lasten des Projektes für alle Beteiligten verbindlich festgelegt.

Ratsmitglied Görg begrüßt, dass nach jahrelangen Bemühungen nun das Ziel eines zweiten Sportplatzes auf der Insel Silberau erreicht ist und ein breiteres Angebot für die Sportvereine der Verbandsgemeinde Bad Ems zur Verfügung stehe.

Auch Ratsmitglied Lehmler äußert sich in diesem Sinne. Er benennt für den zu bildenden Arbeitskreis das Ratsmitglied Heinz Keul. Für die SPD-Fraktion soll Ratsmitglied Robert Gensmann und für die FWG-Fraktion Ratsmitglied Birk Utermark dem Arbeitskreis angehören.

Ratsmitglied Wahlers erklärt, dass die Erweiterung des Sportangebotes durch einen zweiten Platz aus Sicht der Vereine sicherlich sinnvoll ist. Dies finde auch die grundsätzliche Unterstützung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Er bedaure jedoch, dass der Platz nicht der Öffentlichkeit zur Verfügung stehe. Von daher müsse es das Ziel sein, dass die Sportplätze Wiesbach und Hasenkümpel für die Jugendlichen weiter zur Verfügung stehen. Im Übrigen äußert er sich verwundert über die Haltung der Kommunalaufsicht, die bisher in Anbetracht der Haushaltslage der Stadt Bad Ems und der Ortsgemeinde Fachbach eine finanzielle Beteiligung der beiden Gemeinden abgelehnt habe.

Bürgermeister Oster erwidert hierauf, dass nach der zu Grunde liegenden Vereinbarung das Sportgelände Hasenkümpel mit Ausnahme der Sporthalle auf die Stadt zurück übertragen werden soll. Es liege dann in der Entscheidung der Stadt, über die weitere Nutzung des Platzes zu entscheiden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Ansel antwortet der Vorsitzende, dass zu den Investitionskosten auch die Planungskosten gehören und von daher diese nach dem vereinbarten Schlüssel zwischen der Stadt Bad Ems, der Ortsgemeinde Fachbach und der Verbandsgemeinde Bad Ems aufgeteilt werden.

Der Verbandsgemeinderat beschließt danach:

Beschluss:

- 1. Der finanziellen Beteiligung der Verbandsgemeinde Bad Ems am gemeinsamen Neubau eines zweiten Fußballspielfeldes (Kunstrasenplatz) auf der Insel Silberau in Bad Ems wird auf der Grundlage der beigefügten Vereinbarung zugestimmt.**
- 2. Der Vereinbarung (siehe Anlage – neue Fassung vom 13.11.2008)**

schen der Verbandsgemeinde Bad Ems, der Stadt Bad Ems und der Ortsgemeinde Fachbach über den Neubau eines zweiten Fußballspielfeldes wird zugestimmt.

3. Für den noch zu bildenden Arbeitskreis werden seitens des Verbandsgemeinderates folgende Personen benannt:

1) Heinz Keul CDU

2) Robert Gensman SPD

3) Birk Utermark FWG

Abstimmungsergebnis:

Ja	25
Nein	-
Enthaltungen	-

Die Ratsmitglieder Gensmann und Malkmus kehren in den Sitzungssaal zurück.

**TOP 11 Refinanzierung der Investitionen der Verbandsgemeindewerke Bad Ems bei der Erschließung von Neubaugebieten
Vorlage: 10 DS 8/ 0470/2**

Bürgermeister Oster verweist einleitend auf die ausführliche Diskussion im Werk- und Hauptausschuss. Es sei bisher gängige Praxis gewesen, dass sich die Werke an der Erschließung von Neubaugebieten der Ortsgemeinden beteiligen. In Anbetracht der in den letzten Jahren festzustellenden zurückgehenden Bautätigkeit müsse überlegt werden, ob dieser Automatismus auch heute noch gelten könne. Grundsätzlich bestehen dann keine finanziellen Probleme, wenn mit der Erschließung der Neubaugebiete zeitnah auch deren Bebauung einhergeht. Die in Bad Ems bestehende privatrechtliche Ausgestaltung des Benutzungsverhältnisses habe jedoch den Nachteil, dass der Baukostenzuschuss nicht mit Fertigstellung der Erschließung veranlagt werden könne, sondern erst mit der Bebauung des konkreten Baugrundstückes. Eine Umstellung dieses Systems auf ein öffentlich-rechtliches Beitragssystem scheide wegen der dargestellten Verjährungsproblematik aus. Im Rahmen der nun zu treffenden Entscheidungen müsse auch berücksichtigt werden, dass derzeit in der Verbandsgemeinde Bad Ems noch ca. 220 bebaubare Grundstücke vorhanden sind. Dies decke den Bedarf der nächsten Jahre, so dass auch insofern keine Notwendigkeit für die Erschließung weiterer Neubaugebiete bestehe.

In den Beratungen des Werk- und Hauptausschusses habe in dieser Frage grundsätzlich Einvernehmen bestanden. Die Finanzierungskosten müssen danach dahin verlagert werden, wo die grundlegenden Entscheidungen getroffen werden, nämlich zu den Ortsgemeinden. Die derzeitige Subventionierung der Vorhaltekosten durch die Verbandsgemeindewerke müsse jedenfalls beendet werden. Sollte dies beibehalten werden, so gehören die hieraus resultierenden Aufwendungen nicht in den entgeltfinanzierten, sondern in den steuerfinanzierten

Haushalt.

Der Hauptausschuss habe nach eingehender Beratung allerdings die Empfehlung ausgesprochen, für das Baugebiet „Auf der Oberau – 2. Erweiterung“ der Ortsgemeinde Fachbach nochmals eine Ausnahme zuzulassen. Insofern enthalte die Drucksache 10 DS 8 / 0470 / 2 zwei alternative Beschlussvorschläge.

Ratsmitglied Lehmler hebt die größere finanzielle Belastung für die Gemeinden hervor, die mit der Verabschiedung dieser Beschlussvorlage einhergehen. In Anbetracht des vorhandenen Angebotes und der bekannten demografischen Entwicklung sei dies jedoch konsequent. Im Übrigen regt er an zu prüfen, inwieweit unbebaute Grundstücke zur Zahlung laufender Entgelte herangezogen werden können. Die CDU-Fraktion werde der Alternative 2 zustimmen. Für die Gemeinden gelte es in Zukunft neue Strategien bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu entwickeln und die Bürger im Zeitpunkt der Planung bereits stärker einzubinden.

Ratsmitglied Gisela Bertram ist der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Planung zugunsten der Ortsgemeinde Fachbach ein gewisser Vertrauensschutz bestehen müsse. Die SPD-Fraktion spreche sich deshalb ebenfalls für die Alternative 2 aus. Nach ihrer Auffassung müsse der Verbandsgemeinderat bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes die demografische Entwicklung stärker im Auge behalten und die bisherige Handhabung überdenken, die sich grundsätzlich immer an den Wünschen der Ortsgemeinden orientierte.

Auch die FWG-Fraktion werde der Alternative 2 zustimmen, so Ratsmitglied Bilo. Er sieht hierin eine konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzipes, wonach derjenige, der die Planung beauftragt, auch die finanzielle Verantwortung zu tragen hat.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ist Ratsmitglied Wahlers der Auffassung, dass die Erschließung von Neubaugebieten künftig restriktiver betrachtet werden müsse. Nach seiner Meinung bestehe im Übrigen zu Gunsten der Ortsgemeinde Fachbach kein Vertrauensschutz, da die Planung noch nicht abgeschlossen sei.

Dem widerspricht Ratsmitglied Görg mit Hinweis auf die bereits entstandenen hohen Planungskosten für das Baugebiet der Ortsgemeinde Fachbach. Im Übrigen sei er dankbar, dass das Anliegen der Ortsgemeinde im Verbandsgemeinderat eine solche Unterstützung findet.

Ratsmitglied Ansel hält den jetzt eingeschlagenen Weg für grundsätzlich richtig, da nicht über Jahrzehnte hinweg Investitionskosten der Verbandsgemeindewerke vorfinanziert werden können. Es solle aber nach Regelungen gesucht werden, wie die derzeit vorhandenen Baulückengrundstücke finanziell an diesen Kosten beteiligt werden können.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Bürgermeister Oster fest, dass sich offensichtlich eine Mehrheit für die Alternative 2 ausspricht. Von daher stelle er diese zur Abstimmung.

Der Verbandsgemeinderat beschließt danach:

Beschluss:

1. Die Verbandsgemeindewerke Bad Ems werden sich zukünftig an der Erschließung von Neubaugebieten nur dann beteiligen, wenn die Gemeinden sich vorab vertraglich verpflichten, die Baukostenzuschüsse der zu erschließenden Grundstücke vorzufinanzieren. Im Zeitpunkt der Bebauung werden die Verbandsgemeindewerke dann eine Erstattung an die Ortsgemeinden vornehmen.

2. Diese Regelung findet auf die Erschließung des Baugebietes „Auf der Oberau – 2. Erweiterung“ der Ortsgemeinde Fachbach keine Anwendung.

Abstimmungsergebnis:

Ja	25
Nein	2
Enthaltungen	-

**TOP 12 Sanierung des Schmutzwasserkanals im Kurpark und der Römerstraße - 2. Bauabschnitt, Erörterung der Ausschreibungsunterlagen und Übertragung der Vergabeentscheidung auf den Werkausschuss
Vorlage: 10 DS 8/ 0488**

Bürgermeister Oster trägt vor, dass die Verwaltung sich bei dem 2. Bauabschnitt der Römerstraße zu einer anderen Vorgehensweise entschlossen habe. So sei angedacht, die Sanierung des Schmutzwasserkanals außerhalb der eigentlichen Straßenbaumaßnahme als eigenständige Baumaßnahme auszuführen. Dies diene einerseits einer zeitlichen Entzerrung der Straßenbaumaßnahme und andererseits werde gewährleistet, dass nur Fachfirmen an der Ausschreibung beteiligt werden. Im Anschluss daran informiert der Vorsitzende dann näher über den genauen Umfang der Maßnahme.

In der anschließenden Aussprache erklärt Ratsmitglied Gisela Bertram, dass sie nach wie vor die Abwicklung des ersten Bauabschnittes der Römerstraße beschäftige. Von daher sei es für sie von Interesse zu wissen, ob dieser Teil inzwischen abgeschlossen sei.

Bürgermeister Oster erwidert hierauf, dass der erste Bauabschnitt der Römerstraße noch nicht abgenommen wurde. So seien im Bereich der Sanierung der Kanäle noch Mängel vorhanden, die noch behoben werden müssen. Von daher sei auch die Schlussrechnung noch nicht vollständig ausgezahlt worden.

Der Verbandsgemeinderat beschließt danach:

Beschluss:

1. **Den Ausschreibungsunterlagen für die Sanierung des Schmutzwasserkanals im Kurpark und der Römerstraße – 2. Bauabschnitt – wird zugestimmt.**
2. **Der Übertragung der Vergabeentscheidung auf den Werkausschuss wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:

Ja	27
Nein	-
Enthaltungen	-

- TOP 13 Unterrichtung des Verbandsgemeinderates gemäß § 33 Abs. 2 Gemeindeordnung über Verträge mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten
Vorlage: 10 DS 8/ 0481**

Bürgermeister Oster verweist auf die Drucksache 10 DS 8 / 0481. Beratungsbedarf ergibt sich hierzu nicht.

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Beschluss:

der Unterrichtung des Bürgermeisters gemäß § 33 Abs. 2 der Gemeindeordnung wird Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	27
Nein	-
Enthaltungen	-

- TOP 14 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Einführung eines Bürgerhaushaltes in der Verbandsgemeinde Bad Ems**

Der Vorsitzende erteilt der Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen,

Ratsmitglied Ebelhäuser, das Wort.

Ratsmitglied Ebelhäuser erklärt einleitend, dass sie nochmals auf den im Frühjahr gestellten Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in Sachen Feuerwehr eingehen möchte. Ihre Fraktion und insbesondere sie persönlich habe sich damals starken persönlichen Angriffen erwehren müssen. Diese kamen auch von Mitgliedern des Verbandsgemeinderates. Sie übe ihr Ratsmandat mit hohem persönlichen Einsatz aus. Viele Themen seien ihr fremd und sie müsse sich hierzu intensiv einlesen. Von daher seien diese Angriffe für sie nicht hinnehmbar.

In ihren weiteren Ausführungen begründet sie dann näher den vorliegenden Antrag der Fraktion zur Einführung eines Bürgerhaushaltes. Ziel sei es, Bürger in die Meinungsbildungsprozesse einzubinden und zu mehr Verantwortung und Mitbestimmung der Bürgerschaft beizutragen.

Bürgermeister Oster weist die von Frau Ebelhäuser erhobenen Vorwürfe mit Nachdruck zurück. Weder er persönlich noch andere Ratsmitglieder haben es im Umgang mit der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie im Rat generell am notwendigen Respekt und Achtung fehlen lassen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen in Sachen Feuerwehren sei jedoch so formuliert gewesen, dass er hierzu eine eindeutige und klare Stellung auch im Sinne der Feuerwehrangehörigen beziehen musste. In einem demokratisch gewählten Gremium, dem mehrere Parteien angehören, sei es im Übrigen normal, dass die eigene Meinung nicht immer eine Mehrheit im Rat finde.

Zu dem nun vorliegenden Antrag führt Bürgermeister Oster aus, dass eine stärkere Bürgerbeteiligung grundsätzlich immer wünschenswert sei. Dies sei in der Regel jedoch mit einem hohen personellen und finanziellen Aufwand verbunden, wie der aktuelle ILEK-Prozess zeige. Eine stärkere Bürgerbeteiligung gelinge in der Regel nur dort, wo eine unmittelbare Beziehung zum Bürger aufgebaut werden könne. Dies sei eher bei der Stadt Bad Ems und den Gemeinden gegeben. Die Verbandsgemeinde sei aufgrund ihres klar umrissenen Aufgabengebietes hierfür der falsche Adressat, da hier im Wesentlichen ein Bürgerbezug fehle.

Ähnlich äußert sich Ratsmitglied Lehmler, der darauf hinweist, dass 95 Prozent der Ausgaben des Haushaltes der Verbandsgemeinde Bad Ems Pflichtausgaben seien. Zu den freiwilligen Ausgaben haben in den vergangenen Jahren intensive Beratungen im Verbandsgemeinderat stattgefunden, die auch in den nächsten Jahren weiter Bestand haben sollten.

Ratsmitglied Görg weist darauf hin, dass gerade die Ortsbürgermeister und die Ratsmitglieder in den Gemeinden in regelmäßigem Dialog zu Bürgern und Jugendlichen stehen. Ratsmitglied Gisela Bertram erklärt, dass sich der Bürger für den Haushalt der Verbandsgemeinde genauso wenig interessiere wie für den Schuldenstand der Verbandsgemeinde bzw. der Gemeinden. Vielmehr interessiere sich der Bürger nur für solche Angelegenheiten, die ihn konkret berühren. Die SPD-Fraktion habe aber in der Sache selbst noch nicht abschließend beraten. Von daher wäre sie dem Rat dankbar, wenn die abschließende Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des Verbandsgemeinderates verschoben werden könnte.

Ratsmitglied Wahlers weist darauf hin, dass Ziel des Antrages auch ist, die bestehende Politikverdrossenheit ein Stück weit aufzubrechen. Mit dem Antrag verfolge die Fraktion noch nicht die Einführung des Bürgerhaushaltes, sondern lediglich die Absicht, dass sich die Verwaltung näher mit dieser Thematik

und dann dem Rat berichten solle. Im Übrigen bestehe auch ein unmittelbarer Bezug zur Bürgerschaft, da die Haushalte der Gemeinden über die Umlage belastet werden und ihnen so die finanziellen Spielräume für ihre eigenen Entwicklungen genommen werden. Dies betreffe auch konkret die Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde.

Ratsmitglied Ansel erklärt, dass auch die Mitglieder der Gemeinderäte Bürger der Gemeinde sind. Wer bei wichtigen kommunalpolitischen Themen mitreden will, habe deshalb die Gelegenheit, sich dort einzubringen.

Ratsmitglied Canz ist der Auffassung, dass die Einführung eines Bürgerhaushaltes entbehrlich ist, weil die Gemeindeordnung bereits verschiedene Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung vorsieht.

Nach Abschluss der Beratung beschließt der Verbandsgemeinderat:

Beschluss:

Zur Entscheidung über die Einführung eines Bürgerhaushaltes wird der Bürgermeister beauftragt, Informationen einzuholen und dem Verbandsgemeinderat über Erfahrungen, Systeme sowie Vor- und Nachteile zu berichten. Auf der Grundlage dieses Berichts wird dann der Grundsatzbeschluss für oder gegen die Einführung des Bürgerhaushaltes gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja	2
Nein	17
Enthaltungen	8

Bürgermeister Oster stellt anschließend fest, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt wurde.

TOP 15 Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf ein Schreiben des Intendanten des Jacques-Offenbach-Festivals, das den Mitgliedern des Verbandsgemeinderates vor der Sitzung übergeben wurde. Herr de Veer bedankt sich in diesem Schreiben für die Unterstützung der Verbandsgemeinde.

TOP 16 Anfragen

Ratsmitglied Ansel fragt nach, ob die gesetzliche Regelung zur Annahme von Spenden in der Zwischenzeit eine Änderung erfahren hat und ob der Landesgesetzgeber eine Bagatellgrenze eingeführt hat.

Bürgermeister Oster erklärt hierzu, dass weiterhin der Rat über die Annahme von

Spenden zu entscheiden habe, eine Anzeige an die Kommunalaufsicht notwendig sei und eine Bagatellgrenze bisher nicht verabschiedet wurde.

Ratsmitglied Ansel spendet darauf wie in der vergangenen Sitzung erneut 5,- Euro. Er erklärt, dass er mit dieser Spende die Absurdität der fehlenden Bagatellgrenze und des bürokratischen Verfahrens aufzeigen möchte.

Auch Ratsmitglied Heuchemer spendet 5,- Euro.

Über die Annahme der Spenden werde in der nächsten Ratssitzung entschieden, so Bürgermeister Oster.

TOP 17 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

Bürgermeister Oster schließt danach den öffentlichen Teil der Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.01.09

Vorsitzender

Schriftführer/in